

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

8.11.1928 (No. 262)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Verantwortlicher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Amen
Karlsruhe

Bezugpreis: Monatlich 2.25 RM, einchl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Beitreibung, aus Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Beschlagnahme, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interessent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriftenblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Deutsche Verkehrswerbung

Verbandsabend des Verkehrsvereins Karlsruhe und des Badischen Verkehrsverbandes

Als Abschluß seines 25jährigen Jubiläums veranstaltete der Karlsruher Verkehrsverein in Verbindung mit dem Badischen Verkehrsverband Mittwochabend im Konzerthaus einen Verbandsabend. Welch reges Interesse namentlich auch in Baden dieser Frage entgegengebracht wird, zeigte der starke Besuch, nicht nur aus Karlsruhe und Umgebung, sondern aus ganz Baden. Neben den Vorstandsmitgliedern der beiden einberufenen Vereinigungen sah man u. a. die Minister Dr. Schmitt und Dr. Leers, Oberbürgermeister Dr. Finter, Oberpostdirektionspräsident Kammlein, Vertreter der Eisenbahndirektion, der Handelskammer, der Handwerkskammer und zahlreicher interessierter Vereinigungen, darunter auch einige Damen in der Heißjamen Schwarzwaldbahn (Gutachthal).

Der erste Vorsitzende des Karlsruher Verkehrsvereins, Verbandsdirektor Stempel, warf einen Überblick auf die Tätigkeit des Vereins innerhalb der verflochtenen 25 Jahre, in denen gar manches erreicht worden sei, sowie einen Ausblick auf die Zukunft, in dem er der Hoffnung Ausdruck gab, daß auch die zahlreichen, bisher noch unerfüllten Hoffnungen und Wünsche wie die Frage der Elektrifizierung, der innigeren Verbindung mit dem Rhein und dem Schwarzwald als Ausgangspunkt, des Anschlusses an die Automobilstraße, der Nagauer Brücke usw., baldigst verwirklicht werden würden. Dazu bedürfte es aber einer umfassenden Unterstützung der Bestrebungen des Vereins durch eine recht zahlreiche Mitgliedschaft.

Den Hauptvortrag des Abends über „Verkehrswerbung und Ausland“ hielt der Generaldirektor der Reichsbahnzentrale für den deutschen Reiseverkehr, Wirkl. Rat Maximilian Krauß, Berlin.

Er betonte eingangs das in Deutschland in den letzten Jahrzehnten erfreulicherweise stark gewachsene Verständnis für die Bedeutung des Fremdenverkehrs, den großen Wert der Organisation der Werbung für den Fremdenverkehr, die Leistungen der einzelnen Verkehrsverbände sowie die organisierte Verkehrswerbung im Ausland durch die Initiative der Deutschen Reichsbahn, vermittelte der Reichsbahnzentrale für den deutschen Reiseverkehr, dessen Wohlwolligkeit durch die Tatsache erhärtet werde, daß dessen Etat sich auf 3 Millionen Reichsmark belaufe. Vor dem Kriege sei der Ertrag aus dem Fremdenverkehr kaum viel mehr als eine Nebeneinnahme im Haushalt der Nationen gewesen, jetzt sei er in unseren wirtschaftlichen Mitten eine bedeutende Rolle zu spielen berufen. Diese müsse durch Ausbau und stärkere Betonung der Verkehrswerbung erzielt werden. Gerade heute sei der Fremdenverkehr von besonderer Bedeutung für unsere Zahlungsbilanz, und es gelte, den sogenannten „Anschaffbaren Export“, die Werbung für die mannigfachen Sehenswürdigkeiten Deutschlands, im Ausland mehr und mehr zu propagieren, damit der Fremdenzuström nach Deutschland weiter anwachse und Einnahmen bringe. Das bedinge die Zusammenfassung des großen Werbeapparates und der Werbemittel in einer Hand. Diesbezüglich sei noch viel zu tun und zu bestreben.

Der ungeheure Konkurrenzkampf um den Fremdenverkehr stelle längst nicht mehr einen Wettbewerb einzelner Städte oder Gebiete dar, sondern einen Kampf der Weltteile. In diesem Zusammenhang betonte der Redner, daß die Goldabwanderung aus Amerika durch Auslandsreisen nach vorzüglicher Schätzung auf 650—775 Millionen Dollar jährlich veranschlagt werde. Ein großer Teil dieses Geldes könne durch richtige Propaganda nach Deutschland geleitet werden. Ebenso der gewaltige Strom der Auslandsreisenden in Schweden, Holland, der Schweiz usw. In diesen Ländern müsse es Mode werden, auch Deutschland gesehen zu haben, das so viel des Interessanten biete. Auch die Deutschen selbst müßten mehr als bisher das eigene Land besuchen und kennen lernen und die Vorliebe der Reisen ins Ausland aufgeben.

Der Redner entwarf schließlich ein Bild von der Auslandspropaganda der Reichsbahnzentrale. 1924 seien von ihr dafür rund 11 Millionen ausgegeben und 5,7 Millionen Werbeschriften und Plakate verbreitet worden. 1928 seien allein bis zum Herbst rund 1,3 Millionen deutsche Verkehrsbücher in alle Welt gegangen. In Deutschland arbeite die Zentrale mit etwa 600 Stellen, das New-Yorker Büro mit über 5000 über ganz Nordamerika verteilten Unterverteilungsstellen. Das New-Yorker Büro habe seit Beginn der diesjährigen Reisezeit bereits über 60 000 mündliche Auskünfte über Deutschland erteilt. Außer Amerika seien besonders Holland, Schweden, und England in stetig wachsendem Maße für die deutsche Werbung gewonnen worden. Auch die Schweiz, ferner Paris, Wien, Prag, Budapest, Zürich und Mailand bezähen deutsche Generalvertretungen für die Verkehrswerbung in den betreffenden Ländern.

Zusammen mit dem Versand des eigenen Werbematerials sei eine Vertriebsorganisation des Schriftmaterials der deutschen Verkehrsverbände und Vereine, der einzelnen Kurorte, Städte usw. geschaffen worden. Von solchen Werbeschriften seien vom 1. Januar bis 1. Oktober d. J. 1,56 Millionen Stück verbreitet worden, davon 57,6 Prozent ins Ausland. Seit Einrichtung dieses Sammelvertriebs seien insgesamt 5,4 Millionen dieser Spezialwerbeschriften zur Verteilung gelangt, ausschließlich auf Kosten der Reichsbahnzentrale. Das Bildarchiv verfüge heute über rund 90 000 Photos, von denen über 11 000 im laufenden Jahre erworben worden seien. Daneben ständen 21 000 Diaschirme für Vortragszwecke und 54 Originalfilme mit etwa 600 Kopien (hauptsächlich für die Auslandsvertretungen) zur Verfügung. Der größte Bedarf an solchen Filmen bestände in New York, London, Rotterdam und Göteborg. Die Möglichkeit der Vorführung der Filme durch Auslandsver-

Letzte Nachrichten

Die französische Kabinettskrise

REB. London, 8. Nov. (Tel.) Pertinax bezeichnet es im „Daily Telegraph“ als wahrscheinlich, daß Poincaré die Fortführung seines Amtes ablehnen werde. Aber selbst wenn er versuchen sollte, ein Kabinett zu bilden, würde es ihm sehr schwer fallen, mit Leuten wie Herriot zu einer Einigung zu kommen. Tatsächlich seien anscheinend die Tage der nationalen Union vorüber. Es bestehe Aussicht auf eine lange Dauer der Krise, und Persönlichkeiten wie Briand oder Steeg hätten jetzt Aussicht, aufgrund eines Programms der republikanischen Eintracht, Ministerpräsident zu werden.

Die englische Auffassung in der Reparationsfrage

REB. London, 8. Nov. (Tel.) Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ schreibt: Vergangene Woche haben das britische und das französische Schatzamt Denkschriften über die neulichen Besprechungen zwischen Poincaré und Churchill über den geplanten neuen Reparationsausgleich ausgetauscht. Am Montag hat der Schatzkanzler dem italienischen und dem belgischen Vorkäufer, die dem japanischen Geschäftsträger eine Note übergeben, die die britische Auffassung zur Darstellung bringt. Sie läßt die Frage des Status und der Zahl der Sachverständigen ziemlich in der Luft. Die britische Regierung beabsichtigt offenbar, die Ansichten Deutschlands, der anderen alliierten Mächte und der Vereinigten Staaten sorgfältig zu erwägen, bevor sie ihren endgültigen Entschluß über diese Punkte faßt. Tatsächlich ist eine baldige Einigung nicht erwartet worden und zwar sogar noch bevor die Unsicherheit infolge des Rücktritts Poincarés entstanden war.

Ein Etat der Sparbarkeit

Das Reichskabinett, das am Mittwoch mit der Beratung des Haushalts für 1929 begann, erörterte zunächst die Grundzüge, nach denen der Etat aufgestellt werden soll. Es herrscht Übereinstimmung darüber, daß es ein Etat der Sparbarkeit werden und daß alle nicht unbedingt notwendigen Ausgaben vermieden werden müssen, um das Defizit, das unvermeidlich ist, möglichst niedrig zu halten. Es dürfte heute bereits als feststehend gelten, daß das Defizit im Haushalt für 1929, das durch neue Steuern gedeckt werden müßte, erheblich unter 600 Millionen Reichsmark liegen werde. Wie der fehlende Betrag eingebracht werden soll und durch welche Steuern neue Einnahmequellen erschlossen werden sollen, darüber liegen Beschlüsse des Reichskabinetts noch nicht vor. Sie bleiben späterer Beratung vorbehalten.

Der Fall Midlin-Rosse

Der Ausschuß der französischen Kammer, der mit der Prüfung des Falles der elsässischen Abgeordneten Midlin und Rosse befaßt worden ist, schlug der Kammer vor, die Mandate der beiden Abgeordneten unter ausschließlicher Berücksichtigung des Rechtsstandpunktes für ungültig zu erklären. Die sozialistische Kammerfraktion hat beschlossen, sich an der Debatte im Plenum zu beteiligen. Sie wird einen Antrag auf Gewährung einer allgemeinen Amnestie für alle politischen Verbrechen ohne Ausnahme einbringen. Die sozialistischen Abgeordneten werden sich bei der Abstimmung über den Antrag auf Gültigkeitserklärung der Mandate Midlins und Rossés der Stimmbekunde enthalten. Man rechnet außerdem damit, daß elsässische Abgeordnete die Amnestie zugunsten der beiden Abgeordneten Midlin und Rosse fordern werden.

Die Zeitung des Abbe Hägg, der „Elsässische Kurier“, kündigt in einer Besprechung der Lage der beiden elsässischen Abgeordneten Midlin und Rosse an, daß der Kolmarer Autonomienprojet demnächst wieder aufgenommen werden soll. Der „Elsässische Kurier“ schreibt ferner: Die Ungültigkeitserklärung der Mandate dieser beiden Abgeordneten wäre zweifellos der Ausgangspunkt zu einer neuen Protektion. Man müßte blind sein, um nicht zu begreifen, daß das Volk auf die Dauer solche Herausforderungen nicht erträgt, ohne daß die schwersten moralischen und seelischen Rückwirkungen immer schärfer zutage treten.

Die Internationale Automobilausstellung in Berlin wurde heute, Donnerstag vormittag, um 11 Uhr, feierlich eröffnet.

Die Königsberger Konferenz zwischen Polen und Litauen ist gescheitert. Es gab zum Schluß noch lebhafteste Auseinandersetzungen zwischen Jaseffi und Wolbomars.

Der deutsche Verkehrsverein im Ausland sei eine Lebensnotwendigkeit für unser gesamtes Wirtschaftsleben und müsse mit aller Energie betrieben werden, wenn Deutschland seiner Bedeutung entsprechend an dem Ertrag aus dem Auslandsverkehr beteiligt sein wolle.

Diesem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrage schloß sich die Vorführung einer Serie neuer Lichtbilder von Karlsruhe und Umgebung durch Dr. Wilhelm Burger an.

Den musikalischen Teil des Verbandsabends hatte der Instrumentalverein Karlsruhe übernommen, der mit der trefflichen Wiebegebade dreier größerer Orchesterstücke wohlverdienten Beifall erntete.

Die Elektrizitätsversorgung Badens

Der Versorgung Badens mit elektrischem Licht und Kraft erfolgt, nach einer Zusammenstellung des Badischen Statistischen Landesamtes in der soeben erschienenen ausführlichen Schrift „Baden in Wort und Zahl“ (S. 47), durch 119 Werke. Das größte Unternehmen ist das staatliche Badenwerk, welches aus dem Murgwerk und dem Schwarzenbachwerk besteht, die zusammen eine installierte Leistung von 85 000 PS besitzen. Die Fortleitung der Energie erfolgt auf einer 345 km langen 110 000 Voltleitung, der sogenannten Landesammelleitung.

Wie dem Bericht des Vorstandes der Badischen Landes-elektrizitätsversorgung Aktiengesellschaft (Badenwerk) über das Geschäftsjahr 1927/28 zu entnehmen ist, weisen die Erzeugungs- und Absatzverhältnisse des für die badische Wirtschaft sehr bedeutsamen Unternehmens dank der anhaltenden Besserung der allgemeinen Wirtschaftslage eine außerordentlich günstige Entwicklung auf. Der Anschlusswert stieg um 6945 Kilowatt auf insgesamt 126 236 Kilowatt. Die Anzahl der angeschlossenen Gemeinden erhöhte sich von 540 auf 547; diese umfassen 370 925 Einwohner mit 88 875 Haushaltungen. Es sind nunmehr sämtliche im Versorgungsgebiet des Badenwerks liegenden Gemeinden mit Elektrizität versorgt, so daß jedem Anwohner Gelegenheit geboten ist, sich einer äußerst wirtschaftlichen, bequemen und hygienischen Licht-, Kraft- und Wärmequelle zu bedienen.

Nutzbar abgegeben wurden im ganzen Versorgungsgebiet 234 389 235 Kilowattstunden (66 212 635 mehr als im Vorjahr), wovon 225 087 022 Kilowattstunden (+ 59 930 587) auf Kraft und 9 302 213 Kilowattstunden (+ 8 246 013) auf Licht entfallen. Die Steigerung der Abgabe war einerseits bedingt durch eine Zunahme des Bedarfs im eigenen Versorgungsgebiet gegenüber dem Vorjahr um 17 Prozent, andererseits durch die Mehrabgabe an Strom an benachbarte Werke, die infolge der besonders günstigen Wasserverhältnisse in den Sommermonaten möglich war. Die Stromerzeugung im Murg- und Schwarzenbachwerk z. B. lag 25 Prozent über dem Durchschnittswert. Im neuen Geschäftsjahr zeigt der Strombedarf eine weitere beträchtliche Zunahme.

Die Anlagen des Schwarzenbachwerkes, welches das erste volle Betriebsjahr nach seiner Fertigstellung hinter sich hat, haben in technischer und wirtschaftlicher Hinsicht den Erwartungen durchaus entsprochen.

Im August 1927 fehte die Stromlieferung an die Kraftübertragungswerke N.-G. Rheinfelden über die Transformatorstation der Schweizerischen Kraftübertragungswerke in Laufenburg ein. Mit den Kefarwerken Gplingen und der Stadt Stuttgart wurde ein Stromlieferungsvertrag abgeschlossen, demzufolge mit der Errichtung einer 100 000 Voltleitung bis zur badisch-württembergischen Landesgrenze begonnen wurde. Ein weiterer Stromlieferungsvertrag wurde Ende Dezember mit der Stadt Freiburg getätigt. Mit der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke A.-G. in Essen, die auf der rheinischen Braunkohle fußend der größte Stromabgeber Deutschlands ist, besteht durch das Werk Rheinau ein Stromaustauschvertrag; das Badenwerk ist seit 1 1/2 Jahren auch an diesem Unternehmen beteiligt.

Die Vorteile des Kleinabnehmerzarfs haben sich für die Abnehmer infolge ausgiebiger Verwendung der Elektrizität im Haushalt und in der Landwirtschaft und der dadurch bedingten besseren Ausnützung ihrer Anlagen sehr günstig ausgewirkt, so daß sich der Durchschnittsverkaufspreis beim Kleinverbraucher weiter auf 31,5 Pf je Kilowattstunde ermäßigte. Zur Unterstützung dieser Entwicklung, von der allein die erwünschteste weitere Herabsetzung der Gestehungskosten erwartet werden kann, sind von der Betriebsleitung weitere geeignete Maßnahmen ergriffen. Auf die Erhöhung der Betriebssicherheit der Anlagen und äußerste Rationalisierung der Stromerzeugung und Fortleitung wird andauernd die größte Sorgfalt verwendet.

Nach Abzug der erforderlichen Rücklagen für Erneuerung und Erhaltung der Anlagen verblieb im letzten Geschäftsjahr ein Reingewinn von 2,1 Millionen Reichsmark.

Zu erwähnen ist sodann in Unterbaden das Großkraftwerk Mannheim, eine Dampfkraftanlage von rund 80 000 PS-Leistung.

Der Versorgung Oberbadens dienen hauptsächlich die 4 nachgenannten Elektrizitätswerke am badisch-schweizerischen Rhein:

	in Betrieb seit	mit einer Höchstleistung von
Rheinfelden	1898	30 000 PS, davon bad. Anteil 15 000 PS
Augst-Byhlen	1912	60 000 " " " 30 000 "
Raufenburg	1914	76 000 " " " 38 000 "
Galsau	1920	47 000 " " " 3 400 "

insgesamt . . . 213 000 PS, davon bad. Anteil 86 400 PS

Zum Bau befindet sich das Rheinkraftwerk Ryburg-Schwörstadt, das voraussichtlich im Jahre 1932 dem Betrieb übergeben wird. Die Baukosten dieser Anlage sind auf 30 Millionen Schweizer Franken veranschlagt; das Badenwerk ist daran mit 25 Prozent = 7,5 Millionen Franken beteiligt. Die Höchstleistung dieses Werks beträgt 136 000 PS, wovon auf Baden 68 000 PS entfallen.

Genehmigt ist ferner die Erbauung zweier weiterer Kraftwerke am Oberrhein: nämlich Dogern mit einer Höchstleistung von 80 000 PS, davon badischer Anteil 37 000 PS, und Redingen mit einer Höchstleistung von 44 000 PS, davon badischer Anteil 22 000 PS.

Vom badischen Landtag wurde schließlich am 13. September 1928 der Bau des Schluderswerkes genehmigt, dessen Gesamtleistungsfähigkeit rund 290 000 Kilowatt, d. i. 390 000 PS, betragen wird. 26 Prozent der Erzeugung desselben werden von der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke-V. G. aufgenommen, mit deren Werk die schweizerischen und badischen Wasserkräfte bereits durch die große, durch ganz Baden laufende Hochspannungsleitung verbunden sind. C. Frbg.

Die Bedürftigkeitsprüfung bei der Krisenunterstützung

Der Reichsarbeitsminister hat durch eine Verordnung, die am 19. November in Kraft tritt, die Vorschriften über die Bedürftigkeitsprüfung bei der Krisenunterstützung wesentlich zugunsten der Arbeitslosen gemildert.

Die Krisenunterstützung wird belanctlich gelürzt oder fällt dann weg, wenn sie zusammen mit anderen Einnahmen des Arbeitslosen — abgesehen von einigen ausdrücklich ausgenommenen Bezügen — einen bestimmten Betrag, wie „Freigrenze“, übersteigt wird. Dabei werden Einnahmen des Ehegatten und der Eltern, Voreltern und Abkömmlinge des Arbeitslosen, die mit ihm im gleichen Haushalt leben, wie Einnahmen der Arbeitslosen behandelt. Für jeden dieser Angehörigen — gleichviel ob sie Einnahmen haben oder nicht — und außerdem für Geschwister des Arbeitslosen die zum Haushalt gehören und ohne eigene Einnahmen sind, wird aber die Freigrenze heraufgesetzt, bisher um je 15 v. H. des Arbeitslohnes des Arbeitslosen. Dieser Satz erhöht sich künftig von 15 v. H. auf 50 v. H. in der Klasse I, 40 v. H. in der Klasse II, 35 v. H. in der Klasse III, 30 v. H. in der Klasse IV, 25 v. H. in der Klasse V und VI, 22 v. H. in der Klasse VII und 20 v. H. in der obersten Klasse VIII. Ferner sind Krankengeld und Arbeitslosenunterstützung, die Angehörige beziehen, wie schon bisher ihr Arbeitsverdienst, nur noch mit der Hälfte als Einnahmen zu rechnen. Geringe Aufwandsentschädigungen für die Ausübung öffentlicher Ehrenämter, die durch die Mehrkosten ausgeglichen werden, ferner Übergangsrente auf Grund der Verordnung über die Ausdehnung der Unfallversicherung auf gewerbliche Berufs-Frankheiten und Pflegezulagen aus der Unfallversicherung zählen künftig zu den Bezügen, die bei der Feststellung der Einnahmen des Arbeitslosen und seiner Angehörigen ganz außer Betracht bleiben.

Kurze Nachrichten

Wieder unverändertes Brauerkontingent. Seit April 1919 unterliegt die deutsche Bierproduktion einer Kontingentierung, die zuerst 75 Proz. des Friedensausstoßes betrug, seit zwei Jahren aber auf 100 Prozent festgesetzt ist. Nach einem Erlaß des Reichsfinanzministeriums gilt auch für das laufende Braujahr, das vom 1. April 1928 bis zum 1. April 1929 läuft, endgültig wieder das alte 100prozentige Kontingent.

Ein Stahlhelmführer als Lehrer entlassen. Der Führer des Stahlhelm Untergau Halle, Lehrer Deunhardt in Halle, wurde — wie die „Voss. Zig.“ aus Halle meldet — auf Veranlassung der Regierung in Merseburg ohne Angabe von Gründen seines Lehramtes entlassen. Wie man hört, liegt der Grund dafür in der politischen Betätigung Deunhardts, die auf eine Bekämpfung der Republik hinauszielte.

Das Münchener Studentenhaus. In München ist das größte Studentenhaus Deutschlands fertiggestellt und am Mittwoch in seinen letzten Teilen, darunter einem großen Festsaal, der Benutzung übergeben worden.

3 Millionen Entzug der Kaufkraft. Die Verteilung russischer Kaufkraftgegenstände bei Leipzig in Berlin ergab im ganzen gestern 3 Millionen Reichsmark.

Die Getreideversorgung der Schweiz. Der leitende Ausschuß der schweizerischen Bauernverbände hat nach der Vereinfachung der Vorlage über die monopolfreie Getreideversorgung durch die Bundesversammlung seine Zustimmung zu dieser neuen Lösung gegeben.

Die Sprachenfrage in Elsaß-Lothringen. Der elsässische Abg. Selz hat, wie aus Paris gemeldet wird, eine Interpellation über die Politik der Regierung in der Sprachenfrage in Elsaß-Lothringen eingebracht.

„Eine Karlsruher Kunstgeschichtliche Leistung“. Unter dieser Überschrift besprechen wir kürzlich mit Anerkennung und Interesse das in der Verkaufsstelle des Badischen Kunstgewerbvereins Waldstraße ausgestellte Herrenzimmer. Wir möchten heute noch nachtragen, daß die Entwürfe zu den Möbeln von der Firma Pfeiffer & Großmann in München a. N. und Karlsruhe stammen.

Bayreuther Bühnenspiele. In den Spielplan der nächsten Bayreuther Festspiele soll der seit 1914 nicht mehr gegebene „Tannhäuser“ aufgenommen werden. Die völlige Reinszenierung dieses Werkes machte die Einschlebung eines Pausenjahres nötig, wie das seit langen Jahren immer bei der Vorbereitung eines neuen Werkes in Bayreuth Brauch ist. Nur so können Aufführungen von der in Bayreuth erstrebten Vollendung erzielt werden. Nicht ist also ein bei den heutigen Festspielen entstandenes Defizit der Anlauf für das nächste Bayreuth im kommenden Jahre, wie das von mancher Seite fälschlicherweise behauptet wurde, sondern es sind rein künstlerische Gründe, die das Festspielhaus im kommenden Jahre geschlossen halten. Außer „Tannhäuser“ sind „Parsifal“ und der „Ring des Nibelungen“ vorgesehen.

Der Arbeitskampf in Rheinland-Westfalen

Der Preussische Landtag für Friedensschluß an der Ruhr. In der Mittwochssitzung des Preussischen Landtages wurde die Debatte über den Arbeitskampf im Ruhrgebiet abgeschlossen. Die einzelnen Fragen und Anträge gingen an den Handelsausschuß.

Staatssekretär Dr. Weismann hatte namens der Staatsregierung erklärt, daß Preußen keine rechtliche Handhabe besitze, um selbst in den Konflikt eingreifen zu können, daß es aber die Haltung der Arbeitgeberseite bedauere. Die Staatsregierung habe sich mit der Reichsregierung in Verbindung gesetzt, um alle zur Behebung der Schwierigkeiten erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen.

In der fortgesetzten Debatte wurde allseitig der Wunsch zum Ausdruck gebracht, daß durch eine schnelle Verständigung der Arbeitsfriede im Ruhrgebiet wieder hergestellt werde.

Das Haus begann noch die Beratung der deutschnationalen Interpellation betr. Kritik der Verfassungsfeier am Berliner Werner-Siemens-Realgymnasium. Kultusminister Dr. Becker erklärte in einer Rede, daß es an sich ein unmöglicher Zustand sei, daß Schüler, die nicht mit ihren Schulfreunden einverstanden sind, einfach außerhalb der Schule eine andere Feier veranstalten. Die Schulordnung aber finde ihre Grenze da, wo eine bewußt vorhandene Begeisterung für den neuen Staat beantwortet werde mit einer kühlen Stellungnahme zu diesem Staat.

Zentrumsinterpellation im Reichstag. Die Zentrumsfraktion des Reichstages beschäftigte sich am Mittwoch in mehrstündiger Sitzung mit dem Lohnkampf in Westdeutschland. Die Fraktion beschloß, eine Interpellation im Reichstag einzubringen, in der auf die unabsehbaren politischen und wirtschaftlichen Folgen der Aussperrung hingewiesen wird. Mehr denn 200 000 Arbeiter der Eisenindustrie seien mit ihren Familien unmittelbar betroffen. Infolge der engen Verbindung der Hüttenwerke mit dem Bergbau werden große Massen der Bergarbeiter arbeitslos. Das für diese Industrien tätige Transportgewerbe werde in kurzer Zeit zum Erliegen kommen. Die gesamte Produktion, Handel, Gewerbe und die betroffenen Kommunen werden dadurch aufs schwerste geschädigt. Die Interpellation schließt: „Was denkt die Reichsregierung zu tun, um die durch das Vorgehen der Arbeitgeber erfüllte Autorität des staatlichen Schlichtungswesens und den Arbeitsfrieden wieder herzustellen, sowie den der gesamten deutschen Wirtschaft erwachsenen Schaden abzuwenden?“

Außerdem hat die Zentrumsfraktion beschlossen, drei Anträge in Gesetzesform einzubringen, deren Ziel die Verbeiführung und Sicherung des Wirtschaftsfriedens ist. Sie beziehen sich auf den Anspruch der ausgesperrten Arbeiter auf Arbeitslosenunterstützung, auf eine Änderung der Verordnung über Tarifverträge vom 23. Dezember 1918 und auf eine Änderung der Verordnung betreffend Schlichtungswesen vom 30. Oktober 1923. Durch die zuletzt genannte Novelle sollen die Parteien, die einen Tarifvertrag abgeschlossen haben, das Recht erhalten, gegen die Verbindlichkeitsklärung eines Schiedsgerichtes Nichtigkeitsklage beim Amtsgericht zu erheben; eine aufschiebende Wirkung soll diese Nichtigkeitsklage nicht haben.

Der Termin in der Feststellungsklage. W. D. Düsseldorf, 8. Nov. (Tel.) Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, ist der Termin in der Feststellungsklage des Arbeitgeberverbandes der nordwestdeutschen Gruppe des Vereines deutscher Eisen- und Stahlindustrieller vom 16. auf den 12. November 9 Uhr vormittags zurückverlegt worden. Es ist sehr wahrscheinlich, daß gegen die Entscheidung der Berufung beim Reichsarbeitsgericht eingelegt werden wird. Durch Vereinbarung der Parteien ist es möglich, daß die Klage im beschleunigten Verfahren erledigt wird. Wie die „Germania“ erzählt, ist seitens des Reichsarbeitsministeriums eine dementsprechende Anregung an die Parteien ergangen.

Allgemeine Einstellungssperre für die Ausgesperrten. Der „Vormärts“ veröffentlicht folgendes an alle in Betracht kommenden Arbeitgeberverbände ergangenes Rundschreiben: Auf Veranlassung des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller verhängen wir hiermit die Einstellungssperre über alle aus dem Tarifgebiet Nordwest kommenden Arbeitnehmer. Zu ihrer Information geben wir Ihnen die Namen der dem Arbeitgeberverband für den Bezirk der Nordwestlichen Gruppe des Vereines deutscher Eisen- und Stahlindustrieller in Düsseldorf angehörenden Verbände bekannt; auch ihnen ergeben sich gleichzeitig die Bezirke und Orte, auf welche sich die Nordwestliche Gruppe erstreckt.

Internationale zum Ruhrkampf. Die Gewerkschaftsinternationale hat laut „Vormärts“ an den Deutschen Metallarbeiterverband eine Solidaritätskundgebung gerichtet, in der es heißt: „Die deutsche Gewerkschaftsbewegung hat in der Vergangenheit so manden Beweis großzügigster internationaler Hilfeleistung gegeben, so daß sie in dem jetzigen Kampf an der Ruhr der weitestgehenden Solidarität der ganzen internationalen Gewerkschaftsbewegung sicher sein darf.“

Ein Dementi. In einem größeren Blatt des Westens wird die Nachricht verbreitet von einer bevorstehenden Vereinigung der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei, wobei der Reichsernährungsminister Dietrich als verbindende Kraft dargestellt wird, wie von zuständiger Berliner Stelle mitgeteilt wird, ist diese Nachricht frei erfunden.

Dr. Edener über die weitere Entwicklung der Luftschiffahrt. Dr. Edener übergab dem W. D. eine Erklärung, in der er in Richtigstellung der offenbar mißverständlichen Äußerung über die Geschwindigkeit und Sicherheit des „Graf Zeppelin“ ergänzend erklärt, daß man auf transatlantischen Fahrten unter Umständen mit ganz außerordentlichen Beanspruchungen rechnen müsse und daß man in seinen Anforderungen an die Festigkeit der Konstruktion des Luftschiffes des guten nie zu viel tun könne. Allerdings hätten die beschränkten Verhältnisse der Bauhalle den Zwang auferlegt, ein Verhältnis von Durchmesser und Länge zu nehmen, das statisch nicht ganz günstig ist. Man werde künftig kürzere und dickere Schiffe bauen, die eine größere Bruchfestigkeit haben und somit allen Stürmen gewachsen sein würden.

Verfälschter Einbruch im Berliner Polizeipräsidium. W. D. Berlin, 8. Nov. (Tel.) In der vergangenen Nacht ist im Polizeipräsidium ein Einbruch verübt worden, der anscheinend von Kriegen veranlaßt worden ist, die an den bekannten großen Kriegsanleihebeschlüssen beteiligt sind und an deren Veräußerung interessiert sind. Das Zimmer des Kriminalkommissars Rastow, der die Angelegenheit bearbeitet, ist mit einem Nachschlüssel geöffnet worden. Die Einbrecher hatten aber zufällig eine Tür gewälzt, die von innen durch ein Regal verriegelt ist. Beim Öffnen fiel das Gestell mit allem, was sich darauf befand, in die Stube hinein. Der entsetzte Lärm hat die Täter wohl veranlaßt, unverrichteter Dinge zu fliehen.

Die amerikanischen Wahlen

Die Gewinn der Republikaner

W. D. New York, 8. Nov. (Tel.) Die die Blätter feststellen, werden die Republikaner am 4. März, wenn der Kongreß zusammentritt, im Senat mindestens 13 Stimmen mehr zur Verfügung haben als die Demokraten, und im Repräsentantenhaus 81 Stimmen mehr. Die bereits bekannte Feststellung, daß die Zahl der republikanischen Senatoren sich auf 54 belaufen wird, wird von den Blättern dahingehend ergänzt, daß die Vertretung der Republikaner im Repräsentantenhaus die größte seit 35 Jahren sein wird.

Die Wahl Hoovers bewirkt auf der New-Yorker Börse eine starke Haussebewegung. Aus allen Teilen der Welt legen riesige Kaufaufträge vor, zu deren Vermittlung die Börsenfirmen alle verfügbaren Kräfte heranziehen mußten.

Smith erklärte einem Pressevertreter, er beabsichtige nicht wieder für ein öffentliches Amt zu kandidieren. Er habe jetzt ein Vierteljahrhundert im öffentlichen Leben gestanden und das sei genug.

Die Zukunft der amerikanischen Demokraten

W. D. New York, 8. Nov. (Tel.) Die Presse des ganzen Landes beschäftigt sich weiterhin mit dem Sieg Hoovers und Erörterungen über die Zukunft der demokratischen Partei. Es wird vielfach hervorgehoben, daß Smith eine Gesamtstimmenzahl von über 14 Millionen bezichnen konnte; das sei die größte Stimmengahl, die je für einen demokratischen Kandidaten abgegeben worden sei. Es könne also von einem Zusammenbruch vorläufig keine Rede sein. Allerdings sei die bisherige nahezu kompakte demokratische Einstellung der Staaten durchbrochen worden. Dies erklärt sich, wie einige Blätter meinen, teilweise durch die Persönlichkeit Hoovers, der der großen Masse der Wähler in weit höherem Maße als mancher seiner Vorgänger als nationaler Kandidat und nicht als Vertreter eines bestimmten Landestelles erschienen sei.

Die Gouverneurswahl im Staat New York

W. D. New York, 8. Nov. (Tel.) Franklin Roosevelt, ein entfernter Vetter des früheren Präsidenten Roosevelt, aber der demokratischen Partei angehörig, hat bei den Gouverneurswahlen für den Staat New York 28 000 Stimmen auf sich vereinigt und gilt, obwohl als 66 Wahlbezirken die Ergebnisse noch ausstehen, als gewählt.

Kommunistenverurteilung in Italien. Das Sondergericht für die Verteilung des Staates in Rom befahl sich am Montag mit 13 Kommunisten, die der Bildung von kommunistischen Jugendorganisationen und der revolutionären Propaganda angeklagt waren. Drei der Angeklagten wurden freigesprochen und die zehn anderen zu Gefängnisstrafen von 2-4 Jahren verurteilt.

Ein gefährlicher Bahndau

Bei dem jochen begonnene Bau der bayerischen Flugbahn ereigneten sich drei schwere Unfälle. Ein 24jähriger Arbeiter wurde von einem Stein am Kopfe getroffen. Er stürzte eine 100 Meter hohe Felswand hinab und war sofort tot. Ein 24jähriger Arbeiter wurde kurz darauf von einem ebenfalls herunterstürzenden Stein am Rücken getroffen und so schwer verletzt, daß er kaum mit dem Leben davonkommen dürfte. Ein dritter Unfallsfall ereignete sich in der Nähe des Bahnhofs, wo ein Arbeiter von einem entlasteten Rollwagen erdrückt wurde.

Der Kampf mit Verbrechern in Köln

Zu einem blutigen Kampf mit Verbrechern kam es wieder im Zentrum von Köln. Ein Kriminalbeamter und ein Landjäger überraschten die beiden arbeitslosen Tagelöhner Müller und Birnich dabei, als sie von einem Fuhrwerk einen Ballen stehlen wollten. Während es dem Landjäger gelang, Müller zu fesseln, wurde der Kriminalbeamte von Birnich überwältigt und darauf brutal mißhandelt, daß er bewußtlos zusammenbrach. Der Landjäger kam seinem Kameraden zu Hilfe und schoß auf den Verbrecher, der auf der Stelle getötet wurde.

Freilassung des in Afghanistan verhafteten deutschen Försters. W. D. Kabul, 8. Nov. (Tel.) Der deutsche Förster Schab, der bekanntlich vor einigen Tagen auf der Hauptstraße der neuen Hauptstadt Darul-Uman einen ihm im Motorrad gefahrenen Afghanen überfahren und verletzt hatte und bis zur völligen Aufklärung des Sachverhaltes von der afghanischen Polizei in Arrest genommen war, ist inzwischen gegen Bürgschaft freigelassen worden. — Anmerkend des W. D.: Dieser Akt der Rücksichtnahme auf das moderne Rechtsempfinden ist vor allem dem König und dem jochen von ihm zum Außenminister ernannten früheren Gesandten in Berlin, Ghulam Siddiq Khan, zu danken.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	8. Nov.		7. Nov.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168,26	168,60	168,23	168,57
Kopenhagen 100 Kr.	111,79	112,01	111,79	112,01
Italien . . . 100 L.	21,955	21,995	21,96	22,00
London . . . 1 Pf.	20,337	20,377	20,336	20,376
New York . . 1 D.	4,1950	4,2036	4,1950	4,2036
Paris . . . 100 Fr.	16,38	16,42	16,38	16,42
Schweiz . . . 100 Fr.	80,71	80,87	80,70	80,86
Wien 100 Schilling	58,965	58,085	58,975	59,095
Prag . . . 100 Kr.	12,432	12,452	12,431	12,451

Die Großhandelsindexziffer hat sich für den Monatsdurchschnitt Oktober um 0,1 v. H. auf 140,1 erhöht.

Firma Gebr. Jungbusch 6 Prozent Dividende. In der in Schramberg abgehaltenen A. M. Sitzung der Gebr. Jungbusch A. G. wurde beschlossen, der auf den 18. Dezember 1928 einberufenen Generalversammlung bei einem Reingewinn von 1 204 102 M die Ausschüttung einer Dividende von 6 Prozent auf beiderlei Aktien vorzuschlagen. Es verbleibt ein Vortrag von 48 263 M. Der ordentliche Reservefond ist durch Budgetgewinn bei Begebung von Vorratsaktien um 256 400 M vergrößert.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. Von dem südwestlichen Tiefdruckgebiet haben sich Teilwirbel abgelöst, die heute über Oberitalien und diesseits der Alpen sowie über Mittelfrankreich zu erkennen sind; das Zentrum liegt noch über der Biskaya. Allgemein sind nordöstliche Winde vorherrschend geblieben; dabei ist das Wetter bei uns trocken, neblig und trüb. Niederschläge beschränken sich jetzt noch über Frankreich und Oberitalien, doch werden auch wir vorübergehend mit etwas Regen, im Gebirge mit Schnee zu rechnen haben. Wetterausblick: Meist trocken, vorübergehend etwas Regen, im Gebirge Schnee; bei nördlichen Winden kühlere Witterung.

Badischer Teil

Die Bekämpfung des Krebses

Die vielen Erkrankungen an Krebs, dessen immer weiteres Umsichgreifen durch die bedauerliche Tatsache bewiesen wird, daß in Baden heute schon erheblich mehr Menschen an Krebs invalid werden oder sterben, als an Tuberkulose, stellen eine schwere Gefahr für die allgemeine Volksgesundheit dar und lassen eine planmäßige Bekämpfung dieser furchtbaren Krankheit immer dringlicher erscheinen. Letzterem Zwecke diene eine im Juli dieses Jahres von dem Vorstand der Landesversicherungsanstalt Baden einberufene und gut besuchte Versammlung von Vertretern der beteiligten Behörden und sonstigen Kreise. Nach eingehender Beratung wurde damals einstimmig die Gründung eines badischen Landesverbandes zur Bekämpfung des Krebses als Zwecksetzung aller dieser Ziel verfolgenden Bestrebungen und Kräfte als geboten bezeichnet und ein enger Ausschuss für die weiteren Vorarbeiten bestimmt. Dieser Arbeitsausschuss, in welchem die Ministerien des Innern und des Kultus und Unterrichts, die Städte, die ländlichen Bezirksfürsorgeverbände, die Krankenkassen, die Landesversicherungsanstalt Baden und insbesondere die badische Ärzteschaft vertreten sind, hat in der zweiten Oktoberhälfte im Sitzungssaal der Landesversicherungsanstalt Baden getagt und sich vorwiegend mit der Aufstellung eines Satzungsentwurfs für den zu gründenden Landesverband beschäftigt. Im Laufe der Verhandlungen, auf deren Gang der Vorsitzende der ärztlichen Landeszentrale für Baden, Herr Dr. Manpell, Mannheim, wesentlichen Einfluß hatte, wurde wiederholt betont, daß mit der Gründung des Verbandes und den von ihm zu schaffenden Einrichtungen den praktischen Ärzten in keiner Weise Abbruch getan werden soll, sondern daß die Aufgaben des Verbandes nur in enger Zusammenarbeit mit der badischen Ärzteschaft gelöst werden können. Zu einer eingehenden Erörterung führte die Frage der Finanzierung des künftigen Landesverbandes. Es bestand unter allen Teilnehmern Übereinstimmung, daß der Landesverband nur dann praktische und erfolgreiche Arbeit leisten könne, wenn ihm hierfür ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt werden. Es ist daher nicht zu umgehen, daß sowohl die verbandsfreien Städte und die ländlichen Bezirksfürsorgeverbände, als auch die Versicherungsträger erhebliche Geldopfer für die Bekämpfung der Krebskrankheiten bringen müssen. Auf der anderen Seite werden aber diese Kostenträger durch die künftige Arbeit des zu errichtenden Landesverbandes auch wieder finanziell ganz wesentlich entlastet werden, da durch das rechtzeitige Erfassen der Krebsfälle im Anfangsstadium dem sonst eintretenden langen Stadium dieser Art von Kranken häufig vorbeugt wird und die dadurch namentlich den Fürsorgeverbänden erwachsenden hohen Kosten erspart werden.

Nach Annahme des Satzungsentwurfs beschloß der vorbereitende Ausschuss, die Gründungsversammlung, zu welcher neben den unmittelbaren Beteiligten auch das Präsidium des badischen Landtags, die einzelnen Abgeordneten und die Presse eingeladen werden sollen, voraussichtlich Ende Januar 1929 in Karlsruhe stattfinden zu lassen.

Ausbildungskurse für Hebammen

Der nächstjährige Ausbildungskurs für Hebammen an der Landesfrauenklinik in Karlsruhe und an den Hebammenschulen in Freiburg und Heidelberg beginnt am 2. Januar 1929. Gesuche um Zulassung zum Unterricht an einer der drei Hebammenschulen sind bis 1. Dezember 1928 an die Direktion der Landesfrauenklinik in Karlsruhe, Kaiserallee 10, zu richten. Es werden zur Ausbildung für den Hebammenberuf nur Schülerinnen zugelassen, welche das 20. Lebensjahr zurückgelegt und das 30. noch nicht überschritten haben. Darüber ist ein amtlich beglaubigter Geburtschein zu erbringen, ferner ein Zeugnis des für den Wohnort der Bewerberin zuständigen Bezirksarztes über die erforderliche körperliche und geistige Tauglichkeit zum Hebammenberuf und ein von der Ortspolizeibehörde des Wohnorts der Bewerberin ausgestelltes Reifezeugnis dem Gesuch beizulegen. Bewerberinnen, die ihren Wohnsitz nicht in Baden haben, sind von der Teilnahme an einem Hebammenausbildungskurs ausgeschlossen.

Das Mittelstandsanatorium Speyererhof

Einer Einladung der ärztlichen Leitung des Mittelstandsanatoriums folgend, hatte sich am vergangenen Sonntag eine größere Anzahl Ärzte aus Karlsruhe und dem Kraichgau auf dem Speyererhof bei Heidelberg zu einer Besichtigung eingefunden. Nach dem der Schöpfer und ärztliche Leiter der Anstalt, der als Arzt wie Forscher weithin bekannte Professor Dr. Albert Kränzel, die Besucher in die Vorgeschichte und die für den Bau und Betrieb maßgebenden sozialen und ärztlichen Gedanken und Ziele eingeführt hatte, folgte unter seiner Führung ein Rundgang durch das ganze Haus. Neben den modernen eingerichteten chemischen, physikalischen und röntgenologischen Laboratorien fanden besonders die fast ausnahmslos einbettigen Krankenzimmer mit ihrer einfachen, aber künstlerisch geschmackvollen und bei aller Zweckmäßigkeit von feinem psychologischen Verständnis für die seelischen Bedürfnisse der jeweiligen Bewohner zeugenden Einrichtung, deren Zahl gerade jetzt durch den seiner Vollendung entgegengehenden sogenannten Karlsruher Flügel eine willkommene Erweiterung erfährt, den ungeteilten Beifall der fachverständigen Besucher.

Zum Schluß vereinigte man sich in dem Andachtsaal des Hauses zu einer wissenschaftlichen Sitzung, bei der der Leiter des Anatoriums und seine beiden Assistenten in interessanten Vorträgen über wertvolle ärztliche Erfahrungen an dem Krankenmaterial der Anstalt berichteten und damit Zeugnis ablegten von dem wissenschaftlichen Geist, der die ärztliche Arbeit hier befeuert. Aneingeführten Lobes voll und getragen von der Überzeugung, daß hier ein ganz neuer sozialer Wendepunkt durch den freiwilligen Zusammenschluß von Ärzten, Stadtgemeinden und sonstigen Körperschaften zu dem geschilderten borgeordneten Zwecke praktischer Mittelstandsfürsorge in die Tat umgesetzt wurde und voll Befriedigung darüber, daß unsere badische Heimat mit der Schaffung und organisatorischen Ausgestaltung dieses ersten einigartigen deutschen Mittelstandsanatoriums wieder einmal ihren alten Ruf als „Mutterlande“ gewahrt hat, schieden die Besucher von der gastlichen Stätte.

Hier ist aus reinem ärztlichem Idealismus, bankünstlerischem Verständnis für das Besondere der technischen Aufgabe, sozialer Hilfsbereitschaft maßgebender Körperschaften und kluger Ausnutzung des stetig sich erneuernden Baubers der Heidelberger Landschaft ein Werk geschaffen worden, das die tatkräftige Förderung durch alle dazu Verufenen beanspruchen kann.

Lehrer Lenz aus dem Schuldienst entlassen

Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, ist der Lehrer Karl Lenz, der schon seit längerer Zeit durch seine politische Tätigkeit aufgefallen ist, seines Dienstes entlassen und aus dem Schuldienst entlassen worden.

Aus den Parteien

Für den Bezirk Engen stellte die Zentrumspartei den Landtagsabgeordneten, Landwirt und Bürgermeister Kramer in Rastheim als Spitzenkandidaten auf.

Eine Gewerbe- und Handwerfertagung in Baden-Baden

Am Sonntag tagte in Baden-Baden und zwar in einer außerordentlichen Generalversammlung der Landesverband Badischer Gewerbe- und Handwerbertagungen, die in großer Zahl vertreten waren. Auch behördlicherseits konnte ein starkes Interesse festgestellt werden. So konnte der Vorsitzende Vertreter aller Ministerien begrüßen, der Oberpostdirektion von Karlsruhe und Konstanz, der Stadtverwaltung Baden-Baden, verschiedene Abgeordnete. Auch die vier Handwerkskammern und der Handwerksammertag war vertreten und die verschiedenen Fachverbände Badens.

Im Mittelpunkt der Tagung stand neben einem Vortrag über die Sorgen des Handwerks, den der Führer des deutschen Handwerks, Meynermeister Dertien, Berlin, unter größter Aufmerksamkeit seiner Zuhörer hielt, das Verhandlungswesen, ein Problem, das den Handwerker am stärksten berührt, hängt doch von seiner guten Lösung die Existenz des Handwerks ab. In der Aussprache konnte eine einheitliche Auffassung über eine brauchbare Vergütungsmethode nicht erzielt werden. Vor allem mußte hier ein wohlwollender Geist bei den vergütenden Behörden gefordert werden, um die sogenannten Sekundärgelände auszufüllen. Schuld an diesen sei aber auch die Unkenntnis einer richtigen Preisfestsetzung unter den Handwerkern, zum anderen bilde die Unklarheit der bestehenden Vorschriften seitens der Behörden die Ursache. In einer Denkschrift der Mannheimer Gewerbe- und Handwerbertagungen wurden Richtlinien ausgearbeitet zur Ausarbeitung einer neuen Vergütungsmethode, die von der Versammlung gutgeheißen wurden.

Zur Steuerfrage wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in der vom badischen Landtag die Umgestaltung der Gewerbevertragssteuer in eine allgemeine Berufssteuer erwartet wird, ferner eine wesentliche Senkung der Gemeindegewerbesteuer. Von der Vereinfachung der Realsteuern wird eine allgemeine Steuervereinfachung und vor allem eine wesentliche Steuerentlastung erwartet. Der vorliegende Gesetzentwurf einer Steuervereinfachung müsse abgelehnt werden, wenn nicht die vom Handwerk gemachten Abänderungsvorschläge Berücksichtigung finden.

Aus der evang. Landeskirche

Kürzlich hielt die kirchlich-konfessionelle Vereinigung in Freiburg ihre Herbstversammlung ab, bei der Herr Dr. O. Sterner, Heidelberg, über das Thema „Unser Glaube an die Kirche Jesu Christi“ sprach. An den Vortrag schloß sich eine lebhaft ausgeführte Aussprache an, die sich auch den aktuellen Aufgaben, Schaffung einer neuen Agenda und eines neuen Gesangbuches zuwandte. Insbesondere wurde nachdrücklich und einmütig der Wunsch ausgesprochen, es möchten bei den bevorstehenden Veränderungen an der Heidelberger Theologischen Fakultät Männer berufen werden, die ihr Amt im Geiste des biblischen Evangeliums und des Bekenntnisses der evangelischen Kirche ausüben.

Die kirchlich-liberale Vereinigung hielt in Karlsruhe ihre Landesversammlung ab. In der Vertreterversammlung wurde Oberstaatsanwalt Hier, Offenburg, zum Landesvorsitzenden gewählt, als dessen Stellvertreter Herr Schuler in Auenheim. Die Ansprache bei der Morgenandacht hielt Stadtapostel Herr, Redaktionschef. In der öffentlichen Versammlung sprach Herr Maas, Heidelberg, über den Weltbund für Freundschaftsarbeit der Kirchen. Dann sprach Studienprofessor Herr, Ludwigshafen, über die Frage „Ist Kirchenpolitik möglich?“. Er wies darauf hin, daß Kirchenpolitik nicht Parteipolitik sei, sondern ein Kampf um die Idee eines reinen evangelischen Christentums. Herr Braun, Berlin, überbrachte die Grüße des Vorstandes des Protestantischen Bundes und des Verbandes des Freien Protestantismus.

Zur Erbenhaftung

Zu dem von uns in Nr. 232 gebrachten Aufsatz von Rechtsanwält Schauer in Freiburg wird uns geschrieben: Es ist in dem Aufsatz gesagt, daß die beschränkte Erbenhaftung schon dadurch erreicht wird, daß der Erbe ein Verzeichnis des Nachlasses bei dem Nachlassgericht einreicht (§ 1903 BGB.). Die Inventarerrichtung ist eine freiwillige Handlung des Erben und kein Mittel, die beschränkte Haftung des Erben für die Nachlassverbindlichkeiten herbeizuführen. Sie muß auch nicht innerhalb der sechswöchigen Auszahlungsfrist geschehen. Nur allein Nachlassverwaltung und Nachlasskonkurs sind die Möglichkeiten, das Recht der beschränkten Haftung für die Nachlassverbindlichkeiten zu erreichen. Die Nachlassverwaltung wird der Erbe beantragen, wenn er über den Bestand des Nachlasses nicht genau unterrichtet ist und eine Überschuldung des Nachlasses zu befürchten hat, während er den Nachlasskonkurs beantragen wird, sobald er Kenntnis von der Überschuldung hat, welche auch Voraussetzung für die Konkursöffnung ist.

Daß aber diese Anträge innerhalb der Auszahlungsfrist, wie in dem Artikel behauptet ist, zu stellen sind, ist nicht zutreffend. Diese Anträge werden in der Regel erst nach der Annahme der Erbschaft gestellt, der besprochene Artikel weist auch nicht auf die Bestimmung des § 1900 BGB. hin, wonach der Erbe, wenn der Nachlass so gering ist, daß die Kosten des Verfahrens nicht damit gedeckt werden können, nicht verpflichtet ist, die Nachlassverwaltung oder den Nachlasskonkurs zu beantragen. Diese Tatsache allein genügt für den Erben, seine beschränkte Haftung geltend zu machen. Allerdings geht der Erbe sicherer, wenn er einen Antrag auf Anordnung der Nachlassverwaltung oder auf Eröffnung des Nachlasskonkurses stellt, selbst auf die Gefahr hin, daß sein Antrag wegen Mangel an Masse abgewiesen wird.

Der Artikel spricht sich darüber nicht aus, was ganz besonders wichtig ist, auf welche Weise die beschränkte Haftung geltend zu machen ist. Der Erbe bleibt trotz Nachlasskonkurs und Nachlassverwaltung Erbe. Er ist und bleibt der Rechtsnachfolger des Erblassers. Wird er von einem Nachlassgläubiger eingeklagt, dann kann er keine Klageabweisung mit der Begründung verlangen, daß er für die Nachlassverbindlichkeiten beschränkt haftet, vielmehr muß er in dem Rechtsstreit geltend machen, daß er für die Nachlassverbindlichkeiten beschränkt haftet, und den Antrag stellen, daß in dem gegen ihn ergehenden Urteil ihm das Recht vorbehalten wird, seine beschränkte Haftung geltend zu machen. Unterläßt der Erbe diesen Antrag, dann tritt ihm seine beschränkte Haftung nicht, die Vollstreckung kann auch in das Vermögen betrieben werden, das der Erbe bisher besessen hat.

Auf Grund eines Urteils mit dem mehrfach genannten Vorbehalte kann der Gerichtsvollzieher oder andere Vollstreckungsorgane in das gesamte Vermögen des Erblassers Vollstreckungsmaßnahmen vornehmen. Der Erbe hat aber in diesem Falle das Recht, wenn ein Gegenstand gepfändet worden ist, welcher nicht aus dem Nachlasse herrührt, im Wege der Vollstreckungsgegenklage gegen den betreibenden Gläubiger die Aufhebung der Pfändung zu verlangen. Der Erbe muß den Nachweis führen, daß der Gegenstand, welcher zur Vollstreckung kommen soll, ihm nichts aus dem Nachlasse anfallen ist. Exped. Gerichtsverwalter, Etschen.

Gemeinderundschau

Der Bürgerausschuss Karlsruhe

beriet am Mittwoch zunächst über eine Stadtraisvorlage, daß sich die Stadt an dem Mittelstandsanatorium Speyererhof G. m. b. H. als Gesellschafterin mit einer Stammeinlage von 80 000 M beteiligen soll. Das Sanatorium ist von der Stadt Heidelberg durch eine G. m. b. H., der außerdem die Kreise Mannheim, Heidelberg und Mosbach sowie der bayerische Regierungsbezirk Pfalz angehören, errichtet worden. Es handelt sich um ein Sanatorium für an inneren Krankheiten Leidende, die nicht versicherungspflichtig sind, andererseits auch nicht in der Lage sind, Heilung in einem Privatsanatorium zu suchen. Die Verpflegungssätze betragen für innerhalb des Bezirks der Gesellschafter wohnende Personen einschließlich ärztlicher Behandlung 9 M pro Tag. Das Sanatorium ist seit 1. August 1927 in Betrieb und bietet Platz für 53 Kranke. Die Demokraten beantragten wegen der sozialen Bedeutung des Sanatoriums eine erhöhte Beteiligung mit 50 000 M, ein Antrag, der zwar mit Mehrheit angenommen, aber schließlich wegen der ablehnenden Haltung des Stadtrats wieder fallen gelassen wurde.

Der Stadtrat hat beschlossen, aus Anlaß des 50jährigen Jubiläums des Staatstechnikums eine Festgabe von 50 000 Reichsmark zu stiften, welche für die künstlerische Ausstattung der Aula in dem in Karlsruhe zu errichtenden Neubau bestimmt sind. Die Stadt will hier, ähnlich wie beim Jubiläum der Technischen Hochschule, vorgehen und damit das Wirken des Staatstechnikums anerkennen. Der Oberbürgermeister erklärte, es sei selbstverständlich, daß die Stadt das Jubiläum der Schule auszeichne. Man könne auch der Karlsruher Kunst dadurch Gelegenheit zur Betätigung geben. Die Vorlage wurde gegen die Kommunisten angenommen.

Über die Elektrifizierung der Karlsruher Lokalbahn Grünwinkel-Durmersheim, die einen Kostenaufwand von 850 000 Reichsmark erfordern wird, wurde bereits der Öffentlichkeit Mitteilung gemacht. Der Obmann des Stadterordnetenvorstandes hat, die Arbeiten ohne Verzögerung möglichst bald zu beginnen. Unter Beibehaltung des Berufsverkehrs soll der regelmäßige Tagesverkehr bedeutend erweitert werden. Die vorhandenen Lokalbahnwagen sollen mit elektrischer Beleuchtung und Heizung versehen und neu hergerichtet werden. Es kam zu einer ausführlichen Verkehrsdebatte. Die Sozialdemokraten beantragten auch Heizung der Straßenbahn in der letzten Jahreszeit, wozu der Oberbürgermeister mitteilte, daß darüber noch im Stadtrat verhandelt werden solle. Der Oberbürgermeister teilte ferner mit, daß der Versuch mit dem Einmannwagen auf dieser circa 16 Kilometer langen Strecke mit 4 Haltestellen gemacht werden soll. Von verschiedenen Seiten wurde verlangt, daß die Schmalspur abgebrochen werde. Der Oberbürgermeister führte dazu aus, daß die Einrichtung auf Normalspur nochmals denselben Betrag, der hier angefordert werde, kosten würde. Die breitspurige Bahn soll nach Norden über Rintheim hinaus nach Hagelsfeld und nach Plankenloch sobald wie möglich weitergebaut werden. Eine bessere Verbindung von Neureuth mit der Stadt wurde des Weiteren gewünscht. Auch wurde der Ausbau des Lokalbahnverkehrs verlangt und auf das Beispiel von Mannheim und Heidelberg hingewiesen. Eine Verlängerung der oberen Garthahn bis Dietigheim, Otigheim, Rastatt wurde befürwortet. Die Vorlage fand schließlich Annahme, ebenso eine Vorlage über den Erwerb eines Bauplatzes für ein neues Schulhaus im Nordwesten auf dem Seldeneischen Gelände.

Zum Schluß kam es zu einer längeren Wohnungsdebatte anlässlich einer Vorlage über die Finanzierung des Wohnungsbauens. Es handelt sich um die Finanzierung von 600 000 M, so daß 1928 statt 970 etwa 1070 neue Wohnungen finanziert werden können. Seit neun Jahren hat sich die Gesamtzahl der Wohnungen in Karlsruhe um 15 Prozent vermehrt: von 32 726 auf 37 677 Wohnungen; im einzelnen ergibt sich folgendes Bild: Die Zahl der 1-Zimmer-Wohnungen ist von 1919 bis Anfang 1928 gestiegen von 1747 auf 1979, die 2-Zimmer-Wohnungen von 10 779 auf 11 654, die 3-Zimmer-Wohnungen von 10 200 auf 12 765, 4-Zimmer-Wohnungen von 4925 auf 5938, 5-Zimmer-Wohnungen von 2391 auf 2590, 6-Zimmer-Wohnungen von 1261 auf 1291, 7-Zimmer-Wohnungen von 697 auf 722 und 8-Zimmer-Wohnungen von 725 auf 738.

Bürgermeister Schneider führte aus, daß die städtische Baupolitik auf die Initiative von Privatbauern und gemeinnützigen Bautvereinigungen eingestellt sei. Man hatte damit den Erfolg, eine starke Bautätigkeit herbeizuführen, welche die Stadt Karlsruhe an die Spitze der deutschen Städte brachte. Nachdem eine große Zahl von Wohnungen beschafft worden sei, fenne sich die Stadt speziellen Aufgaben der Baupolitik zuwenden, wie der Beschaffung von Wohnungen für Kinderreiche. Die Gründung einer entsprechenden Gesellschaft sei in Vorbereitung. Die Ergebnisse des Wettbewerbs für das Dammertodgebiet werden in einigen Wochen vorliegen. Die Stadt habe jetzt hauptsächlich das Ziel, die Beschaffung von Volkswohnungen, d. h. Kleinwohnungen.

Die Heidelberger Oberbürgermeisterfrage. Der Wahlausschuss hat aus der Reihe der Bewerber um den Oberbürgermeisterposten 9 als engere Kandidaten ausgewählt. Zunächst haben nun die Fraktionen das Wort. Der Wahltermin wird wohl noch einige Wochen hinausgeschoben werden müssen.

Der Bürgerausschuss Eppingen hat den städtischen Voranschlag mit 22 gegen 28 Stimmen zum zweiten Male abgelehnt. Der Vorsitzende betonte, daß der Voranschlag nur äußerlich dünstig aufgestellt und wiederholt durchgegangen worden und eine andere Aufstellung unmöglich sei. Der Voranschlag weist gegenüber dem Vorjahre eine Erhöhung des Umlagefußes auf.

Kleinwohnungen in Heidelberg. Am 13. November wird sich der Bürgerausschuss unserer Stadt mit einer Vorlage zur Bewilligung von Mitteln für den Bau einer Kleinwohnungsiedlung zu beschäftigen haben. 278 Wohnungen sollen mit 2 250 000 M gebaut werden. Es ist beabsichtigt, die Ausschleusarbeiten für diese Siedlung durch eine Winternotstandsarbeit in Angriff zu nehmen.

Der Ausbau des Mannheimer Weges. Auf Anregung des Kreises Baden fand im Kurhaus Gunders bei Bühl eine Sitzung einer Kommission statt, die sich mit der Beratung des Baues der Höhenautofahrt befahte. Die Verhandlungen zeitigen das Ergebnis, daß die 3,8 Kilometer betragende Verbindungsstraße Mannheimer Weg-Gunders-Untermarkt unverzüglich gebaut werden soll. In den Kosten tragen bei: die Stadt Baden-Baden 80 000 M, der Kreis Baden 80 000 Reichsmark, Präsident Rammlein hat unter gewissen Bedingungen seitens der Post ebenfalls 80 000 M zugesagt. Dann soll der Kreis Baden 50 000 M aufnehmen, welche der Staat voll verzinst und später übernimmt, so daß 140 000 M an Baukosten schon gesichert sind. Mit Beiträgen sonstiger Interessenten glaubt man die nötigen Mittel für diese Teilstrecke der zukünftigen Höhenautofahrt beizubringen, so daß der vielbesprochene Ausbau des Mannheimer Weges als gesichert angesehen werden kann.

Fertigstellung einer Wasserleitung. Die Arbeiten an dem Hochbehälter für die Wasserleitung in Baiertal gehen ihrem Ende entgegen und dürften in einigen Tagen beendet sein. Damit ist in dem großen Projekt der Wasserleitung der Schlussstein eingesetzt.

Aus der Landeshauptstadt

Vachverein e. V. Karlsruhe. Am 26. v. M. hielt der Vachverein seine ordentliche Jahrsversammlung ab. Zunächst widmete der stellv. Vorsitzende, Stadtmrat **Leubach**, dem früheren 1. Vorsitzenden, Staatsanwalt **Greiff**, Worte ehrenden Gedankens. Am abgelaufenen Geschäftsjahre wurden unter der Leitung des Generalmusikdirektors **Krips** das Requiem von **Mozart**, **Samson** von **Händel**, das **Lebeum** von **Brudner** und die Schöpfung von **Handel** zur Aufführung gebracht. Eine Wiederholung des **Requiem** von **Mozart** fand in **Worzhelm** statt. Außerdem wurde den Mitgliedern des Vachvereins eine Anzahl kleinerer Konzerte geboten. Mit besonderem Interesse wurde von dem Ergebnis einer Besprechung wegen Gründung einer neuen Chorgemeinschaft Kenntnis genommen. Vor dem Zusammentritt der neuen Chorgemeinschaft, **Bad. Konservatorium, Lehrergesangverein** und **Vachverein**, wird der Vachverein zur Ehre seines verdientvollen Ehrenmitgliedes und früheren Dirigenten, **Direktor Franz Philipp**, unter der Leitung von Generalmusikdirektor **Krips** die **Friedensmesse** von **Franz Philipp** aufführen. Als erstes Chorkonzert der neuen Chorgemeinschaft (**Bad. Konservatorium, Lehrergesangverein** und **Vachverein**) ist für den **Samstag** die **Kathaus-Balade** von **Wach** unter Leitung von Kapellmeister **Dr. S. Knüll** in Aussicht genommen. Für das im nächsten Spätjahr zu veranstaltende **Brudner-Fest** sind die Vorbereitungen bereits im Gang. Bei der **Neuwahl** des Vorstands wurden gewählt: zum 1. Vorsitzenden **Oberfinanzrat Dr. Kaiser**, zum 2. Schriftführer **Stadtmrat Leubach** und zum 3. Kassier **Justizsekretär Dahms**. Weiter wurden in den Vorstand gewählt: **Frau Oberfinanzrat Kapp**, **Frau Dr. Günzer** sowie die Herren **Prof. Dr. Bredt**, **Dr. Vloos**, **Fabrikant Ramm**, **Min.-Oberrechnungsrat Hoffmann** und **Kaufmann Frolf**.

Deutsch-Österreich im Lichtbild, so lautete das Thema eines Vortrags, welchen der **Österr. Volksbund, Ortsgruppe Karlsruhe**, kürzlich im großen Saal der **Technischen Hochschule** in Karlsruhe veranstaltete. Als Redner war **Direktor Werre**, der Vertreter der **Österr. Bundesbahnen** in Berlin, gewonnen. **Deutsch-Österreich** sei leider in **Reichsdeutschland** vielfach nur dem Namen nach bekannt. **Deutsch-Österreich** ist eine Perle im Garten Gottes. Gewiß ist auch, daß **Österreich** zur Zeit noch arm sei an mondänen Luxushotels, aber **Österreich** besitzt genügend saubere und billige Unterkunftsstätten und **Deutsch-Österreich** besitzt vor allem eine äußerst lebenswürdige, freundliche und zuvorkommende Bevölkerung, welche in dem reichsdeutschen Besucher keinen Fremden, sondern die Schwester und den Bruder sieht. Schon die **Wanderhauptstadt Wien** bietet in seinem **Rajon** und in nächster Nähe geradezu ideale **Wintersportmöglichkeiten**. Auf dem **Semmering** findet der verwöhnteste Sportler, was er sucht. Vom **Semmering** führten uns die **Bilder** hinüber in die ebenfalls im **Winter** wunderbare **Steiermark**. Leider recht unbekannt ist das **Eisenwurzengebiet**. Weiter wandern wir mit den **Bildern** in das wunderbare **Salzammergut** mit seinen blühenden **Bergseen**. Dem **Äußerer Gebiete** benachbart ist das **Daachsteingebiet**. **Tirol** ist seit langem bekannt, ebenso **Norarlberg**. **110 Bilder** in **winterlicher Schnee- und Eispracht** liegender **wunderbarer Orte** zeigte der Vortragende.

Die **Galerie Moos, Karlsruhe, Kaiserstr. 187**, stellt sämtliche am **12. und 13. November** in ihrer **5. Kunstauktion** zur **Versteigerung** gelangende **Gemälde** (darunter Werke von **Berger, Dill, Fehr, Schöndleber, Thoma, Weishaupt**) und **Antiquitäten** jeder Art, **Silbergeräte, Bronzen, Zinn, Uhren, Stilmöbel**, ferner **Perfektstiche** u. a. zur **Besichtigung** am **Freitag**.

den **9. November** und **Samstag, den 10. November**, in ihren Räumen aus.

Die Ende nach Regierungsrat Dr. Vollmer. Bis **Mittwoch** abend war von dem seit **Samstag** im **Nußteingebiet** vermissten **Regierungsrat Dr. Eugen Vollmer** keine Spur gefunden worden. Am **Dienstag** war eine **Polizeibereitschaft** in Stärke von **100 Mann** eingesetzt worden, die von **Odenhöfen** aus mit **Polizeihunden** das ganze Gelände um den **Nußteingebiet** absuchte. Am **Mittwoch** wurde die **Streife** wiederholt und auch in die **Nichtung nach Allerheiligen** ausgedehnt. **Regierungsrat Dr. Vollmer** erlitt während des **Weltkrieges** eine **schwere Kopfverwundung**, die aber bisher irgendwelche **nachteiligen Folgen** nicht ergeben hat. Es wurde die **Vermutung** ausgesprochen, daß **Regierungsrat Vollmer** infolge einer **plötzlichen Gedächtnisschwäche**, herborgerufen durch diese **Kriegsverletzung** sich verirrt habe.

Ausfahrungen. Heute nacht kurz vor **2 Uhr** verübten etwa **15-20** **Mechaniker** vor einer **Wirtschaft** in der **Durlacher Allee** **Ruhestörung**. Dem **einschreitenden Polizeibeamten** wurde bei der **Befragung** eines der **Beteiligten** von diesem **heftiger Widerstand** geleistet. Ein **Teil** der **anderen** **Mitglieder** machte sich an die **Polizeibeamten** heran, so daß es dem **Verhafteten** gelang, zu **entkommen**. Die **Polizeibeamten** mußten schließlich von **Knüppel** und **Säbel** Gebrauch machen.

Kurze Nachrichten aus Baden

Dr. Weinheim a. d. R., 7. Nov. Bei **Eröffnung** der **gestrigen Bürgerauskunft** gab **Oberbürgermeister Kägel** eine **Erklärung** ab, die sich **scharf** gegen eine **Schmähschrift** wandte, die in der **letzten Woche** vom „**Bund für Reinhaltung** des öffentlichen Lebens“ in **hiesiger Stadt** von **unbekannter Seite** zum **postalistischen Massenverband** gebracht worden war. Das mit **Maschinenschrift** geschriebene und **heftographisch** vervielfältigte **Pamphlet** brachte **allerhand** **Massengeschichten** über **bekannte** **Weinheimer Persönlichkeiten**. Von **komunistischer** wie auch von **nationalsozialistischer** Seite wurde dem **Verdacht** entgegengetreten, daß man mit **dieser Schmähschrift** irgendwas zu tun habe. Die **Oberstaatsanwaltschaft** in **Mannheim** hat übrigens die **Untersuchung** gegen die **unbekannten Hintermänner** des **Pamphlets** eingeleitet.

Dr. Donaueschingen, 8. Nov. Am **Mittwoch** abend **8 Uhr** wurde der **Fernsprechtbetrieb** in den **Selbstanschlusbetrieb** umgewandelt. Damit wird **Donaueschingen** in die **Reihe** der **Orte** einreihen, die einen **modernen Fernsprechtbetrieb** schon **längere Zeit** besitzen.

Dr. Singen a. S., 6. Nov. Die **Instandsetzungsarbeiten** an den **Festungsrainen Hohentwiel**, die auf **Veranlassung** des **württembergischen Staatsministeriums**, unter dessen **Obhut** der **Hohentwiel** steht, **unternommen** wurden, sind in der **letzten Woche** **beendet**. **Ausgebessert** wurden hauptsächlich die **Sergogeburg**, der **Witwenfels** der **Herzogin Hadwig**, der **Elkehardsturm**, der **Ausichtsturm** und die **drei Brücken**.

Dr. Singen a. S., 8. Nov. Kürzlich wurde aus **Singen** berichtet, daß ein **Hilfsarbeiter** namens **Wiener** eine **Erbenschaft** von **3 Millionen** gemacht habe. **Auf Grund** dieser „**Erbenschaft**“ hatte sich **Wiener** — natürlich ohne zu zahlen — ein **Grundstück** und ein **Auto** gekauft. Er **stand** wegen **weiterer Grundstückskaufe** in **Verhandlungen** und war auch an **verschiedene Mädchen** mit **Geheiratversprechungen** herangetreten, denen er **ihre Barschaft** abzuknöpfen wußte. **Nun** wurde er, als sich die „**Millionenerbschaft**“ als **Schwinbel** herausstellte, wegen **Zechprellerei** verhaftet.

Dr. Binninaen (A. Engen), 8. Nov. Hier brannten gestern **2 Wohn- und Ekomiegebäude** **vollständig** nieder. Infolge **Wassermangels** konnte auch die **Engener Motorfabrik** sich nur **darauf beschränken**, die **umliegenden Gebäude** vor einem **Übergreifen** des **Feuers** zu **schützen**. Die **Namen** der **Brandgeschädigten** sind: **Landwirt Max Wittmer** und **Geschwister Kaiser**. Man **vermutet** als **Brandursache** **Brandstiftung**.

Dr. Salem, 7. Nov. Am **Montag** wurde hier das der **Kreislandwirtschaftsschule** angegliederte **Internat** seiner **Bestimmung** übergeben. Die **Einrichtung** des **Internates**, das im **Semhof** untergebracht ist und etwa **30** **Schülern** **Unterkunft** bietet, wurde ermöglicht durch das **Entgegenkommen** der **Standesherrschaft** und die **Unterstützung** des **Kreises**. Zum **Winterkurs** haben sich in den **Unterkurs** **36** und in den **Oberkurs** **28** **Schüler** gemeldet. Bei der **Abfchiedsfeier**, die dem **bisherigen Leiter**, **Landesökonomierat Dr. Schwörer**, der als **Generaldirektor** des **Badischen Bauernvereins** berufen worden ist, **bereitet** wurde, kam in **zahlreichen Ansprachen** die **Beliebtheit** und **Hochachtung** zum **Ausdruck**, der sich der **Scheidende** im **Beizid** und **Kreis** **erzucht** hat. Die **Leitung** der **Schule** wurde **Landwirtschaftsprofessor Dr. Eisenacker** übertragen.

Staatsanzeiger

An die **Herrn Landeskommissäre** und an die **Bezirksämter**.
Nr. 113 665. Den **XI. Fortbildungslehrgang** für **Gemeindepolizeibeamtete** an der **Gendarmerschule** in **Karlsruhe**.

Genügende **Beteiligung** vorausgesetzt ist **beabsichtigt**, den **XI. Fortbildungslehrgang** für **Gemeindepolizeibeamtete** an der **Gendarmerschule** in **Karlsruhe** ab **19. Februar 1929** **beginnen** zu **lassen**. **Dauer** **4** **Wochen**.

Die in **Vertrag** kommenden **Städte** und **größeren Gemeinden** wollen **jezt** schon **besonders** darauf **hingewiesen** und die **Anmeldungen** zur **Teilnahme** an dem **Lehrgang** durch die **dortige** **Bermittlung** bis **spätestens** **15. Januar 1929** **hierher** **vorgelegt** werden.

Karlsruhe, den **6. November 1928**.
Der **Minister des Innern**
A. A.: **Dr. Scheffmeier**.

Dem **katholischen Stiftungsrat** in **Juzenhofen** wurde die **Erlaubnis** zur **Veranstaltung** einer **Lotterie** erteilt.

Karlsruhe, den **6. November 1928**.
Der **Minister des Innern**
A. A.: **Dr. A. Jung**.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern
Entlassen auf **Ansuchen**:

Regierungsrat **Hilde Sturm**, geb. **Dott**, beim **Bezirksamt** **Laub.**

Ministerium des Kultus und Unterrichts
Entlassen auf **Ansuchen**:

Professor **Albert Deiber** am **Realgymnasium** in **Freiburg**.
Verstorben:

Kriminaloberinspektor **Wilhelm Stöcklin** in **Karlsruhe**.
Berwaltungsobersekretär **Max Seber** an der **Universität** **Heidelberg**.

5. KUNST-AUKTION
in der
Galerie Moos
Karlsruhe
Kaiserstraße 187, 1 Treppe

Montag, 12. November } jeweils vorm. 10-1 Uhr
Dienstag, 13. November } und nachmitt. 2-6 Uhr

Wir versteigern
über 200 Gemälde
alter und neuer Meister, darunter Werke von **Berger, Dill, Fehr, Schöndleber, Thoma, Weishaupt** u. a.

Perserteppiche
Brücken und Kelime in vielen Größen

Antiquitäten
aller Art, Zinn, Bronzen, Porzellane, Ostasiatika, Uhren usw.

Biedermeierzimmer
antike Kommoden, Truhe, Vitrine, Spiegel, Sessel, Tische usw.

Freie Besichtigung
Freitag, 9. November, und Samstag, 10. November
ab 10 Uhr vormittags durchgehend

An den beiden Besichtigungstagen:
großer Freihandverkauf
zu **niedersten Taxpreisen!**
Katalog mit über **500** Nummern **50 RM.** 80

Eintracht
Freitag **9. November**
abends **8 Uhr**
Lieder-, Arien- und Duetten-Abend
MARGOT MEERWARTH-LEGAY
Sopran (Karlsruhe)
JULIUS MÜLLER
Tenor (Karlsruhe).
Am Steinway-Flügel:
Kammermusiker **Otto Somann**.
Lieder und Arien von **Brahms, Erich J. Wolf** und **Ponchielli** (Margot Meerwarth-Legay), **Schubert, Schumann, Grieg, Reuß, Pfizner, Marx** und **Haley** (Julius Müller). Duette von **Korngold** (Tote Stadt) und **Puccini** (Madame Butterfly).
Karten zu **1, 2, 3** und **4 RM.** bei
Kurt Neufeldt
Waldstr. 39, Tel. 2577

Schwefingen. N. 972
Güterrechtsregister eintrag
Band 2 Seite 434: **Limber**
Rinus, Maurer in **Reisch**,
und **Krieda** geb. **Marque-**
tant. **Vertrag** vom **17. Okt.**
1928. **Gütertrennung.**
Schwefingen, 30. Nov. 28.
Bad. Amtsgericht I.

Forstwart.
Bei der **Stadtgemeinde Neustadt i. Schwarzwald** ist die **Stelle eines Forstwartes** sofort neu zu **besetzen**. **Einreichung** in **Besoldungsgruppe 9** der **bad. Landesbesoldungsordnung**. **Aufzählung** nach **Gruppe 8** bleibt **vorbehalten**. **Bewerber**, die den **großen Forstlehrgang** bei der **badischen Forstschule** in **Karlsruhe** mit **Erfolg** **absolviert** haben, **wollen** ihre **Bewerbungen** unter **Vorlage** der **Zeugnisse** **innerhalb 14 Tagen** **hier** **einreichen**. 77
Neustadt, den **6. November 1928**.
Der **Bürgermeister**.

Eintlösung der Anleiheabläsungen mit Auslosungscheinen der Stadt Rastatt (Baden).
Die **nachverzeichneten Anleiheabläsungen** mit **Auslosungscheinen** (**Altbesitz**) sind für **1928** zur **sofortigen** **Geizzahlung** in **fünftadenden** **Beiträge** ihres **Nennwertes** **nebst 5%** **Zinsen** für die **Zeit** vom **1. Januar 1926** **bis 31. Dezember 1928** (**3 Jahre**) **gezogen** worden:
Von **Tit. A** (Nennwert **50 RM.**) die **Nummern** **5, 60**.
Von **Tit. B** (Nennwert **12,50 RM.**) die **Nummern** **2, 21, 24, 25, 45, 46, 84, 110, 125, 126, 247, 264, 290, 302, 314, 331, 336, 349, 350, 357, 360, 371, 384, 388, 405, 410, 412, 461, 475, 487, 504, 567, 591, 593, 594**.
Die **Eintlösung** erfolgt **nur** gegen **Aushändigung** des **Auslosungscheines** und **Abgabe** der **Schuldenverschreibung** der **Ablösungsanleihe** durch die **Stadtkasse** **Rastatt**. 76
Rastatt, den **5. November 1928**.
Stadtkasse:
E. Kunzmann.

Badisches Landestheater
Freitag, **9. November**
7. S. (Freitagniete)
Th.-Gen. 201-250 und
3 S.-Gr. (1. Hälfte)

Das Leben König Eduards II. von England
Historie von **Carlouwe**
Mitwirkende:
Ermarth, Dorfseid, Brand, Dahlen, Gemmede, Graf, Herz, Hier, Höder, Just, Kienscherf, Klobbe, Rehner, Prüter, Schneider, Schulze, v. d. Trenk.
Anfang **19 1/2**, Ende **n. 22 1/2**,
Preise **A 0,70-5,00 RM.**

Colosseum
Nur bis **15. November**
Täglich abends **8 Uhr**
Sonntags **4** und **8 Uhr**
Das Ereignis!
Das Tagesgespräch!
Die große Parade
Eine **arabische**
Massenschau
in **35 Bildern**

G. BRAUN
VORM. G. BRAUNSCHE HOFBUCHDRUCKEREI UND VERLAG
G. M. B. H. KARLSRUHE KARL-FRIEDRICH-STR. 14 FERTIGT

DRUCK-SACHEN
aller Art für **Industrie, Handel, Behörden** und **Private**. **Kurze Lieferfristen. Mäßige Preise.**

Oeffentliche Sparkasse Oestringen.
Rechnungsabschluss per 31. Dezember 1927.

Vermögen.		Schulden.	
	RM		RM
1. Kontokorrentdarlehen	230 436,86	1. Spareinlagen	422 543,45
2. Hypothekendarlehen	290 261,05	2. Giroeinlagen	68 783,10
3. Schuldenscheinlehen	236 613,91	3. Anlehenskapitalien	
4. Wechselbarehen	32 543,40	a) Reichsanzweihkredit	90 000,—
5. Zinsrückstände	22 135,38	b) Darlehen von der Girozentrale	140 448,77
6. Kassenvorrat	5 780,33	c) Darlehen von Banken	2 229,86
7. Wofschdsgutgaben	6 769,40	d) Rentenbankkredit	1 974,36
8. Gebäude	7 000,—	e) Umschuldungskredit für die Landwirtschaft	5 000,—
9. Gerätschaften	1,—	4. Aufwertungsfond	27 727,58
		5. Rücklage	72 834,41
	831 541,33		831 541,33

Gewinn- und Verlustrechnung.

Verlust.		Gewinn.	
	RM		RM
1. Zinsen und Diskontausgaben	63 242,94	1. Zinsen und sonstige Einnahmen	93 953,64
2. Verwaltungsaufwand, sächliche u. persönliche	16 960,97		
3. Abschreibung am Inventar und Gebäude	243,30		
4. Reingewinn	13 506,43		
	93 953,64		93 953,64

Oestringen, den **30. August 1928**.
Der **Verwaltungsrat**. O. 14

Gengenbach. N. 973.
Güterrechtsregister B. 1
Seite 423: **Vaur Heinrich**,
Diplom-Landwirt in
Schweibach, und **Sofia** geb.
Vrenner. Durch **Vertrag**
vom **16. Juli 1928** ist **Er-**
zungenchaftsgemeinschaft
nach § 1519 ff **BGB.** **verein-**
bart. Das **eingetragte**
Gut der **Ehefrau** wurde
als **Borbekaltsgut** der **Frau**
erklärt.
Gengenbach, 23. 10. 1928.
Amtsgericht.